

Es besteht kein Bedarf an Richtungsstreit

Schaffhauser SVP-Exponenten haben wenig Sinn für Adolf Ogis Aufruf, sich gegen den Blocher-Kurs aufzulehnen. Hannes Germann könnte aber neuen Flügelkämpfen Positives abgewinnen.

VON SIDONIA KÜPFER

SCHAFFHAUSEN Wird die SVP zu extrem? Sollten sich die Gemässigten gegen den Blocherkurs auflehnen? Und nimmt sich die Partei mit ihren jüngst angekündigten Initiativen zur Asylpolitik und zum Völkerrecht selbst aus dem Rennen für einen zweiten Bundesratsstz? Seitdem alt Bundesrat Adolf Ogi (SVP) am Wochenende in der Sonntagszeitung zu einem Aufstand gegen den Blocher-Kurs aufgerufen hat, werden diese Fragen diskutiert. Bei Schaffhauser SVP-Exponenten ist das Bedürfnis nach einer Palastrevolution aber nicht vorhanden.

Aus Germann wird kein Anti-Blocher

Der Schaffhauser Ständeratspräsident Hannes Germann gehörte zu denjenigen, die Ogi als «vernünftige SVPlers» bezeichnete, die sich gegen Christoph Blocher auflehnen müssten. So richtig Freude mag bei Germann darüber aber nicht aufkommen: «Ich brauche das nicht, und schon gar nicht während meines Präsidialjahres. Streitereien verunsichern die Leute primär.» Könnte aus Germann ein parteiinterner Anti-Blocher werden? Der Opfertshofer winkt ab. Er wolle gute Politik vor allem für den Stand Schaffhausen machen, aber weder für noch gegen jemanden politisieren, sondern die Kräfte bündeln und auf seine Ziele fokussieren.



Hannes Germann kann Flügelkämpfen Positives abgewinnen. Bild Selwyn Hoffmann

Fast scheint es so, als wolle Ogi die alten Kämpfe zwischen Berner Flügel und Zürcher Flügel wieder lancieren. Seit der Gründung der BDP hatten diese Diskussionen stark abgenommen. Diesen Eindruck hat auch Germann, und er kann diesem Ansinnen durchaus Positives abgewinnen: «Während dieser Flügelkämpfe erlebte die SVP ihren grössten Aufschwung», sagt er. Früher habe man parteiintern stärker um Positionen gerungen. Das sei gut gewesen, und das würde er sich auch künftig wieder vermehrt wünschen: «Wenn man intern heftig diskutiert und etwas beschlossen hat, vertritt man diesen Entscheid auch lieber gegen aussen, als wenn ein Beschluss von oben verordnet wird.»

Von Medien aufgebauscht

Für SVP-Nationalrat Thomas Hurter ist die Diskussion primär medial aufgebauscht. Auseinandersetzungen



Thomas Hurter ist kein Fan der geplanten Asyl-Initiative. Bild zvg

in der Partei gehörten zum Alltag und seien wichtig für die Meinungsbildung. Dass die SVP drohe zu extrem zu werden, findet Hurter ebenso wenig, wie dass der Partei die gemässigten Köpfe verloren gingen. Doch zu welchem Flügel zählt er sich eigentlich selbst? Er sei ein wirtschaftsfreundlicher SVP-Politiker «mit einer gesunden Einstellung zu einer möglichst autonomen Schweiz mit mündigen Bürgerinnen und Bürgern», sagt Hurter den SN. Als Pilot sei er weltoffen und gesellschaftspolitisch eher liberal. Wenig kann er allerdings der neusten Idee seiner Partei für eine neue Asyl-Initiative abgewinnen: «Flüchtlinge, die mit Flugzeugen in die Schweiz kommen, gehören kaum zu den leidtragenden Flüchtlingen.» Allerdings sei es notwendig, dass Wirtschaftsflüchtlinge nicht einfach in die Schweiz einreisen könnten. Und die vom Volk angenommene Ausschaffungs-Initiative gelte es endlich umzusetzen. Auf Par-



Pentti Aellig sieht keinen drohenden SVP-Richtungsstreit. Bild Zeno Geisseler

teilmie ist Hurter hingegen bei der angedachten Volksinitiative «Landesrecht vor Völkerrecht»: «In den vergangenen Jahren ist man in der Schweiz leider dazu übergegangen, blindlings nicht zwingendes Völkerrecht als verbindlich anzusehen, anstatt wir früher den gesunden Menschenverstand walten zu lassen und die Souveränität des nationalen Gesetzgebers zu respektieren.» Insofern bedeute die Initiative eine Rückbesinnung auf frühere Praxis, die auch das Bundesgericht gestützt hatte. Die genaue Umsetzung der Initiative sei aber noch zu prüfen.

Vernünftige versus Blocher-Treue?

«Ogi war mir persönlich immer sympathisch. Warum er aber das EU-Beitritts-gesuch als Bundesrat unterstützt hat, habe ich nie begriffen», sagt Pentti Aellig. Der Dörfinger Gemeindepräsident steht seit April interimistisch an der Spitze der Schaffhauser SVP.

Droht der SVP nach Ogis Aufruf nun ein Richtungsstreit? «Die Aufspaltung in vernünftige SVPlers und Blocher-Anhänger verstehe ich nicht und auch diesen angeblichen Richtungsstreit gibt es in meinen Augen nicht.» Das klar positionierte Parteiprogramm stosse intern in der Parteibasis auf hohe Akzeptanz. Dass nun mit Hannes Germann ein Mitglied seiner Kantonalsektion aufgerufen wurde, gegen Blocher zu rebellieren, stört Aellig kaum. Hannes Germann politisiere gemässigt und sei für einen SVPlers eher ein Brückenbauer. Deshalb erziele er bei Wahlen jeweils auch hohe Stimmenanteile. «Aber er hat sich beispielsweise klar gegen das EU-Beitritts-gesuch ausgesprochen. Da haben wir einen Konsens.»

Kein Schaffhauser Rechtsruck

Aellig gilt nicht zuletzt aufgrund seiner SN-Kolumnen als SVP-Hardliner. Wird die Schaffhauser SVP nach rechts rücken? Aellig verneint. Unter seiner Parteiführung werde es keinen Rechtsruck geben. «Aber wir bleiben die Schaffhauser Partei, die gegen zu viel Staat und den schleichenden EU-Beitritt kämpft.» Seine Partei würde die SVP-Asyl-Initiative, wenn sie denn einst im Wortlaut vorliege, sicher unterstützen. Aber darin werde gewiss nicht stehen, dass die Schweiz nur noch Flüchtlinge, die per Flugzeug einreisen, aufnehmen solle, sondern dass das Dublin-Abkommen von den Schweizer Nachbarländern endlich eingehalten werden solle, sagt Aellig. Die Initiative «Landesrecht vor Völkerrecht» sei in seinen Augen die noch wichtigere der beiden Vorlagen. Könnten die umstrittenen SVP-Initiativen zur Hypothek im aktuellen Schaffhauser Stadtratswahlkampf werden? Das glaubt Aellig nicht. Die Asyl-Initiative könnte nur schaden, wenn sie gegen humanistische Grundsätze verstossen würde. Aber das werde sie in ihrer definitiven Fassung sicher nicht.

Journal

Im Kampf gegen Schwarzarbeit den Datenschutz etwas lockern

BERN Der Bundesrat verstärkt den Kampf gegen Schwarzarbeit. Im Zentrum einer geplanten Gesetzesrevision steht der erleichterte Daten- und Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden. Zudem soll der Kreis der Behörden erweitert werden, welche Verdachtsmeldungen an die Kontrollorgane machen können. Auf diese Eckwerte einigte sich gestern der Bundesrat. Er hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, bis Ende März 2015 einen Vorentwurf für eine Vernehmlassung auszuarbeiten.

Bund verdoppelt seine Beiträge an J+S-Schneesportlager

BERN Der Bundesrat verdoppelt die Bundesbeiträge für Schneesportlager von Jugend+Sport (J+S). Der Beitrag wird von heute maximal 8 auf maximal 16 Franken pro Teilnehmer erhöht. Der Bundesrat hat die entsprechende Verordnung angepasst, wie er gestern mitteilte. Die allfälligen Zusatzausgaben könnten im Rahmen des bestehenden Kreditrahmens aufgefangen werden, heisst es in einer Mitteilung.

Flug- und Waffenplätze werden wie angekündigt stillgelegt

BERN Das Verteidigungsdepartement hält an der angekündigten Schliessung von drei Flug- und sieben Waffenplätzen fest. Das letzte Wort hat allerdings der Bundesrat. Die Botschaft zum Stationierungskonzept solle innerhalb von zwei Wochen an den Bundesrat geschickt werden, wie die Sprecherin des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport sagte.

Ueli Maurer will rascher neue Jets

Trotz des Gripen-Neins

möchte Verteidigungsminister Ueli Maurer bereits 2018 die Evaluation für den Ersatz der F/A-18 starten. Das geht den siegreichen Gegnern zu schnell. Bürgerliche fordern dagegen mehr Tempo.

VON TOBIAS GAFAFER

BERN Das Gripen-Nein hat das Verteidigungsdepartement (VBS) nicht ausser Gefecht gesetzt. Am kommenden Mittwoch soll sich der Bundesrat mit der Zukunft der Luftwaffe befassen. Bundesrat Ueli Maurer liess sich am Dienstag vor den Medien bereits auf die Äste hinaus: Trotz bürgerlichen Drucks hält er am Grounding des F-5 Tiger fest. Und ab 2020 will er die Evaluation für den Kauf neuer Kampffjets starten – als Ersatz für den F/A-18.

Doch laut Recherchen möchte Maurer damit schon früher loslegen. Entwürfe des Luftüberwachungskonzepts und der Weiterentwicklung der Armee schickte er im Juli beim Bund in die Ämterkonsultation. Demnach will das VBS bereits in den nächsten drei bis vier Jahren mit der Evaluation neuer Kampffjets beginnen, wie mehrere Quellen aus der Bundesverwaltung bestätigen. Die Differenz von rund zwei Jahren zu Maurers Aussagen mag gering sein. Doch sie ist aus zwei Gründen relevant: Nach dem Gripen-Nein forderten siegreiche Gripen-Gegner einen Marschhalt bis 2020. Es geht also um eine Art politische Anstandsfrist.

Zudem zeigte das endlose Ringen um den Gripen, wie viel Zeit eine derartige Projekt braucht. Die Luftwaffe muss den F/A-18 rechtzeitig ersetzen können. In Militärkreisen lautet die Devise so oder so: Je schneller der Ersatz erfolgt, desto besser.

«Das führt erneut ins Debakel»

VBS-Sprecher Renato Kalbermaten betont auf Anfrage, Maurer habe einen unverbindlichen Zeitraum genannt. «Er wollte aufzeigen, wie die neue Beschaffung aufgegleist werden soll.» Über Details müsse erst der Bundesrat entscheiden. Absehbar ist bereits, dass Ueli Maurer nicht mehr im Amt sein dürfte, wenn der Bundesrat sich für einen Jet entscheidet – auch wenn er 2015 nochmals antritt. Für die siegreichen Gripen-Gegner besteht oh-

nehin keine Grund zur Eile. «Vor 2020 braucht es sicher keine neue Evaluation», sagt Josef Lang, Vizepräsident der Grünen und GSoA-Vorstandsmitglied. Die bestehenden 32 F/A-18 könnten bis 2030 im Einsatz bleiben. Zudem erinnert er an die GSoA-Initiative «gegen neue Kampfflugzeuge», die ein Beschaffungsmoratorium bis Ende 2019 verlangte. Die GSoA zog das Begehren 2010 zurück, nachdem der Bundesrat das Geschäft auf die lange Bank geschoben hatte. Für Nationalrätin Evi Allemann (SP/BE) hat es ebenfalls keinen Sinn, vor 2020 mit der Evaluation zu beginnen. «Eine Beschaffung ohne Gesamtschau zur Luftüberwachung führt erneut ins Debakel.»

Bürgerliche unterstützen dagegen Maurers Fahrplan. «In drei Jahren muss das Volk wissen, wie die Luft-

waffe erneuert werden kann», sagt Nationalrat Thomas Hurter (SVP/SH), Präsident der sicherheitspolitischen Kommission. Die Beschaffung solle in drei bis sieben Jahren über die Bühne gehen, sonst sei sie politisch tot. 2020 stehe die Schweiz unter Zugzwang, warnt auch Walter Müller (FDP/SG). «Die Beschaffung muss man sofort aufgleisen.»

F5-Tiger minim nachrüsten

Dass Maurer den Tiger definitiv loswerden will, dürfte im Parlament ebenfalls noch zu reden geben. Müller versteht den Bundesrat nicht. Und Hurter schwebt vor, dass einige minim nachgerüstete Tiger noch etwas länger im Einsatz bleiben, um die F/A-18 zu schonen. Der Entscheid liege jedoch beim Bundesrat.



Bundesrat Ueli Maurer macht bei der Beschaffung neuer Kampffjets als Ersatz für die F/A-18 vorwärts.

Archivbild Key